

Neues aus Stelle

und aus
Achterdeich • Ashausen • Büllhorn
Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



**ORTSVEREIN
STELLE
SPD**

www.spd-stelle.de

An alle Haushalte

29.08.2013

Die Themen:

SPD Bundestagskandidatin Svenja Stadler **und** **Notizen aus der Steller Politik**

Nach dem wir viele Jahre darauf hin gearbeitet haben, ist es endlich soweit. Es ist absehbar, dass der AWO Hort Stelle im nächsten Jahr das Provisorium (Container)verlässt. Ansprechende Räumlichkeiten stehen dann in der Grundschule Stelle zur Verfügung. Gewünscht hätten wir uns zwar, dass von Beginn an Gruppenräume für 3 Gruppen und ein entsprechender Bewegungsraum zur Verfügung stehen, dies war aber politisch nicht durchsetzbar. Sichergestellt ist jedoch, dass bei Anmeldungen für 3 Gruppen, auch eine dritte Gruppe Platz in der Grundschule finden soll. So kann die seit über 20 Jahren bewährte Hortarbeit in Stelle fortgesetzt werden.

Besonders gelungen ist die sich abzeichnende Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort bei der Umsetzung der Ganztagschule in Stelle. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, ist das Ziel der Ganztagschule.

Hierzu werden die Kinderbetreuung vor Ort, flexible Zeitangebote als auch qualitativ hochwertige Betreuung beitragen.

Sowohl Schule als auch Hort werden von den unterschiedlichen Betreuungssätzen profitieren.

In der Landespolitik wird nach den schrecklichen Vorfällen in Papenburg über die fragwürdige Unterbringung von Arbeitern aus osteuropäischen Ländern und deren Ausbeutung diskutiert. Warum uns das in Stelle nicht überrascht? Nach Hinweisen aus der Bevölkerung haben wir bereits seit Juli 2012 die Verwaltung gebeten, eine mögliche Zweckentfremdung von Gebäuden in der Musterhaussiedlung in Fachenfelde zu überprüfen. Viel ist seit dem nicht passiert. Insbesondere der Landkreis (zuständig für die Kontrolle) zeichnet sich durch Untätigkeit aus.

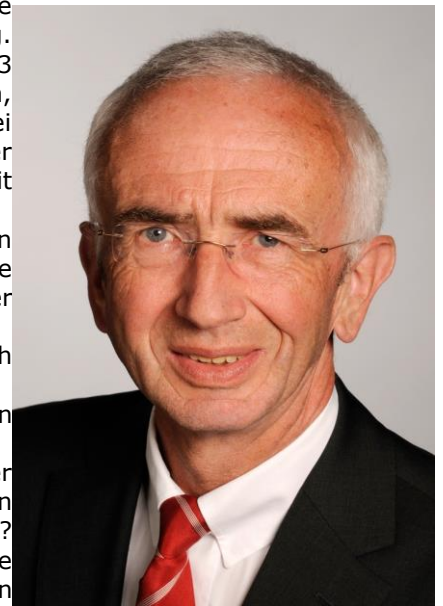
Mit dieser phlegmatischen Vorgehensweise dient man skrupellosen Vermietern und fördert die Ausbeutung von Arbeitnehmern aus dem Ausland. Es wird Zeit, dass der Landrat seine Prioritäten überdenkt.

Mit dem "Nachbarschaftshaus" (Familienzentrum gefällt mir besser) geht es voran. Die Befragung der potentiellen Nutzer ist abgeschlossen und in den nächsten Wochen erfolgt die Besichtigung von ähnlichen Einrichtungen. Danach sind alle Beteiligten dazu aufgefordert, sich Gedanken über das Wie und Wo zu machen. Die SPD steht zu dem einvernehmlich vereinbarten Prozess bei der Bedarfsermittlung, hier sollte weiterhin ein größtmögliche Objektivität gewahrt werden.

Und der Bürgerbus? Wir sind am Ball und werden das Thema weiter vorantreiben und verfolgen

Mit sommerlichen Grüßen
Bernd Henke

SPD-Fraktionsvorsitzender Rückfragen an bernd_henke@gmx.de.



Svenja Stadler: Mein Weg nach Berlin



Als ich im November 2012 im SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg zur Bundestagskandidatin gewählt wurde, konnte ich nicht ahnen, welch spannende, aber auch anstrengende Zeit mich erwarten würde - zumal ich meinen Beruf als PR-Fachfrau weiterhin ausübe und auch als Mutter zweier kleiner Kinder meinen familiären Pflichten nachkomme.

Mahatma Gandhi hat einmal gesagt: „Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt.“ Und genau das will ich, etwas verändern. In meinem politischen Verständnis hat sich in den zurück liegenden Monaten etwas verändert: Ich habe zugehört und viel gelernt, neue Perspektiven gewonnen und meinen politischen Horizont erweitern dürfen.

Nun möchte ich meine politischen und beruflichen Erfahrungen und Erkenntnisse in die politische Arbeit des Bundestages einbringen. Ich stehe für eine Politik, die von den Menschen für die Menschen gemacht wird. Ich bin davon überzeugt: Nur wer im Dialog mit den Bürgern steht, weiß, welche Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen sie haben. Deswegen habe ich mich auf den Weg begeben und in meinem Wahlkreis zahlreiche Tür-zu-Tür-Besuche gemacht, an Infoständen das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht, bin in Vereine, Organisationen und Unternehmen gegangen und habe mir die Sorgen, Nöte, Ängste und Wünschen der Menschen angehört.

Gute Arbeit und gute Bezahlung

In Deutschland gibt es derzeit so viel Erwerbstätige wie nie zuvor. Allerdings sehen sich viele Beschäftigte unsicheren Arbeitsbedingungen sowie Niedriglöhnen ausgesetzt. Mehr als 36 Prozent der Angestellten arbeiten mittlerweile befristet, geringfügig, in Teilzeit oder in Leiharbeit. Das darf nicht weiter unterstützt werden, denn dies gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. Um der Leiharbeit entgegen zu wirken, muss die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro das Ziel sein. Niedrige

Löhne verringern zwar die Personalkosten der Unternehmen – das Aufstocken zahlt aber der private Steuerzahler.

Benachteiligung der Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft beseitigen

Als Arbeitnehmerin ist mir die ungleiche Bezahlung von Mann und Frau im Berufsleben bekannt. Die Gleichstellung der Geschlechter ist längst noch nicht erreicht. Daher setze ich mich für das Entgeltgleichheitsgesetz ein mit dem Ziel, den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern erfolgreich zu bekämpfen.

Noch immer sind Frauen in den gehobenen Positionen von Unternehmen unter-repräsentiert. „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich... Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Artikel 3, Absatz 1 und 2, des Grundgesetzes sprechen eine klare Sprache, und Artikel 2, Satz 2, verdeutlicht den Auftrag an die Politik: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Als der Deutsche Bundestag vor wenigen Wochen über die Frauenquote in DAX-Unternehmen ab-stimmte, verhinderte die Mehrheit der Abgeordneten der schwarz-gelben Regierungskoalition einen wegweisenden Schritt in die Zukunft – ein schwarzer Tag für die Frauen und eine weitere Missachtung des Grundgesetzes.



Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das traditionelle Rollenverständnis in der Gesellschaft benachteiligt die Frauen, wenn sie gezwungen sind, nach der Geburt von Kindern einen längeren Zeitraum zuhause zu verbringen. Daher liegt mir als berufstätiger Mutter der zügige Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen sowie von Ganztagschulen besonders am Herzen. Nur so ist eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich. Eltern, die in ihren Beruf zurückkehren möchten, muss der Wiedereinstieg erleichtert werden. Daher empfinde ich einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen nach einer Familienpause als richtig. Das Rückkehrrecht auf

einen Vollzeitarbeitsplatz muss gesetzlich abgesichert werden. Und gleichzeitig muss das Recht auf Teilzeit eine Ergänzung durch das Recht auf Wiederaufstockung der Arbeitszeit nach einer Phase der Teilzeit erfahren.

Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung

Die Chancen unserer Kinder können durch Angebote der frühkindlichen Bildung verbessert werden. Darüber hinaus gleicht sie die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen frühzeitig aus: Kinder lernen einen sozialen Umgang miteinander, lernen, selbstbewusst zu sein und erweitern ihre sprachlichen Kompetenzen. Das von der schwarz-gelben Koalition eingeführte Betreuungsgeld – auch bezeichnet als „Herdprämie“ – verschlingt jährlich Milliarden. Dieses Geld sollte besser in den Ausbau der Kinderbetreuung und die Verbesserung der Qualität der Kitas investiert werden. Sprachförderung muss ein fester Bestandteil aller Kitas sein. Ziel muss es ferner sein, die frühkindliche Betreuung und Bildung schrittweise von Elternbeiträgen zu befreien.

Verbraucherschutz

Verbraucherpolitik hat den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Der Markt soll für die Menschen da sein – nicht umgekehrt. Dazu gehören ein wirksamer Verbraucherschutz, Transparenz und starke Rechte der Verbraucher sowie Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Wir brauchen grundlegende Veränderungen in der Verbraucherpolitik und auf dem Markt.

Geplanter Verschleiß, Geräte, bei denen Reparaturen gezielt verhindert werden, Hygienemängel, falsche Kennzeichnungen, sogenannte „Mogelpackungen“, kaschierte Preis-erhöhungen, fehlende Herkunftsangaben oder kryptische Bezeichnungen bei Lebensmitteln, gesundheitsgefährdende Produkte, die über den Internethandel zu uns kommen, Plagiate aus zumeist fernöstlichen Regionen – die Liste ließe sich beliebig fortsetzen; sie zeigt aber auch: Verbraucherinnen und Verbraucher ziehen regelmäßig den Kürzeren.

Oftmals werden die schwarzen Schafe nicht gefasst. Ich fordere eine vollständige Offenlegung von behördlichen Untersuchungsergebnissen. Nur wenn Täuscher und Betrüger Angst haben, öffentlich genannt zu werden, wird sich etwas ändern. Ich halte es für schwierig, die Anliegen der Anbieter und der Abnehmer in ein und demselben Ministerium zu vertreten. Meiner Meinung nach brauchen wir eine neue Ressortaufteilung. Wir brauchen grundlegende Veränderungen in der Verbraucherpolitik und auf dem Markt.

Erneuerbare Energien und Schonung der Umwelt

Wir haben als Erste die Energiewende eingeleitet. Doch sie muss sicher und umweltschonend und für die Endverbraucher bezahlbar sein. Ein Lösungsansatz kann dabei die „Strompreisbremse“ sein, die vor allem die privaten Verbraucher schützt. Und es muss Schluss sein mit der „Billigenergie“ für Golfplätze und Unternehmen, die sich in die Reihe

der Begünstigten geschmuggelt haben. Wir müssen den Weg in Erneuerbare Energien konsequent fortsetzen und dafür eine moderne, effiziente Energieinfrastruktur aufbauen.

„Fracking“ ist auch in unserem Landkreis ein Thema. Ich lehne das Fracking als Verfahren ab, wenn dabei Gas oder Erdöl unter Einsatz von umwelt- und grundwassergefährdenden Chemikalien aus bisher schwer zugänglichen Lagerstätten gefördert wird. Verseuchtes Trinkwasser als Folge gefährdet die Menschheit. Aufklärung und die Transparenz sind bei diesem Thema ebenso gefordert wie Bürgerbeteiligung.

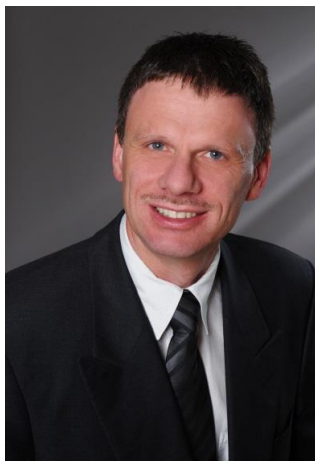
Landkreis Harburg: Ein Stück Heimat zum Leben und Arbeiten



Unser Landkreis ist für rund 240.000 Menschen Heimat. Mit der Metropole Hamburg im Norden und den Naherholungsgebieten im Süden, Westen und Osten bietet dieser Landstrich den Menschen einen wunderbaren Lebensraum. Er ist auch für mich Heimat. Und dafür will ich mich in meiner politischen Arbeit weiter einsetzen.



Liebe Steller Bürger und Bürgerinnen



Seit 2011 können wir regelmäßig Bilder über den arabischen Frühling und anderen Krisenherden aus Nordafrika und Nahost in den Nachrichten mit verfolgen. Die Menschen gehen dort demonstrieren und riskieren oft sogar ihr Leben. Wofür? Für das Recht der freien Meinungsäußerung, für freie Wahlen, natürlich für Wohlstand, gegen die Willkür des Staates. Das alles erscheint uns weit weg und manchmal befremdlich.

Auch weil diese Dinge für uns so selbstverständlich sind. Für uns ist die freie Meinungsäußerung ein gesichertes Grundrecht. Wir leben im Wohlstand und wenn einige hier in unserem Land in Not geraten genießen sie eine hohe sozialstaatliche Absicherung, von denen die meisten Menschen in anderen Ländern nur träumen. Wir haben das Recht in freien, geheimen, direkten Wahlen darüber zu bestimmen, wer in den Gemeinden, in den Ländern und im Bund die Geschicke lenkt und die Richtung, in die sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln soll, vorgibt. Das ist für uns selbstverständlich. So selbstverständlich, dass manche Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, von ihrem Recht keinen Gebrauch mehr machen zu müssen. Manche sind von der „großen Politik“ enttäuscht oder einfach nicht interessiert. Einige denken ihre Stimme (allein) hat sowieso keinen Einfluss.

Das stimmt nicht, denn **jede Stimme zählt!**

Am 22. September sind die Wahlen zum 18. deutschen Bundestag. Parteiprogramme wurden erstellt, Flyer sind gedruckt und Plakate wurden und werden aufgestellt. Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus allen politischen Lagern werden in den nächsten Tagen und Wochen versuchen sie zu überzeugen ihre Stimmen für die jeweilige Partei und Kandidatin bzw. Kandidaten abzugeben. In den Medien werden die Spitzenkandidaten zu sehen sein. Wahlwerbespots werden geschaltet.

Auch diese Ausgabe wird durch die Bundestagswahl maßgeblich bestimmt. Wir werben wir für unsere Partei, unsere Ideen und für unsere Kandidatin Svenja Stadler. Denken Sie daran: **Jede Stimme zählt!**

Michael Feske

Stellvert. SPD

Ortsvereinsvorsitzender.

BITTE GEHEN SIE AM
22.09.2013 ZUR
WAHL UND NUTZEN SIE

IHR WAHLRECHT Bis 2021 steigt die Zahl der Menschen über 65 Jahre um 25 %

Diese Zahlen prognostiziert das Statistische Landesamt für unseren Landkreis. Der letzte Sozialausschuss des Landkreises befasste sich mit dieser Thematik und stellte das Konzept der Seniorenberatung vor. Dabei ging es in erster Linie um Hilfsangebote, die zur Unterstützung von älteren Menschen, die noch überwiegend selbstständig in ihrem Wohnraum leben können:



- Strukturierung des Tagesablaufes innerhalb der angestammten Wohnung.
- Beratung über ambulante Hilfen, wie Hausnotruf, Essen auf Rädern, mobile Hilfsdienste, Hilfsmittel.
- Beratung über Pflege, wie ambulante Pflege, Kurzzeitpflege, Urlaubs- und Verhinderungspflege und stationäre Pflege
- Individuelle Wohnberatung
- Beratung über die Inanspruchnahme von wirtschaftlichen Hilfen, wie Renten, Leistungen der Grundsicherung, Wohngeld, Pflegeversicherung, Hilfe zur Pflege, Schwerbehinderung
- Vermittlung von spezifischen Kontakten an andere Beratungsstellen oder Leistungserbringer
- Einschalten und Koordination weiterer Fachabteilungen, wie Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt, Veterinäramt u. a.
- (Aus: Konzept Seniorenarbeit LK Harburg 2013)
-

Doch auch die Zahl der „fitten“ Seniorinnen und Senioren wird weiterhin ansteigen. Menschen, die nach einem arbeitsreichen Leben noch viel Schaffenskraft, Interessen und einen Schatz voller Erfahrungen haben. Es wäre doch schade, wenn dieses Potential von der Gesellschaft nicht genutzt wird. Die große Politik und die Kommunalpolitik sind hier gefordert, sich mit Konzepten auf diesen gesellschaftlichen Wandel einzustellen, z.B. durch:

- Flexible (bezahlte) Arbeitsangebote
- Beratung (Patenschaften) von jungen Firmen/Einrichtungen/Vereinen durch erfahrene Ältere
- Attraktive und anspruchsvolle Freizeitgestaltung
- Noch intensivere Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Diese Liste lässt sich sicher noch weiter fortsetzen und muss sich den Interessen und Bedürfnissen der „jungen“ Alten anpassen.

Kristina Schneider

Herausgeber: SPD-Ortsverein Stelle Layout und Gestaltung: Werner Klein

Druck: Verlag für faire Werbung, 21271 Hanstedt

Redaktion: Michael Feske, Bei der Kirche 9b, 21435 Stelle, Tel. 04174 - 743279

Kristina Schneider, Hohes Feld 4, 21435 Stelle. Tel. 04174 - 5316

Bernd Henke, 21435 Stelle - 04174 - 5098, Werner Klein, 21435 Stelle. Tel. 04174-4117.